

KEIN
GELD
FÜR
KRIEG

Friedenssteuer NACHRICHTEN



Nr. 44, Dezember 2010

GEGEN GEWALT STEUERN

§3 Abs. 1 Satz 1 der Abgabenordnung: "Steuern sind Geldleistungen, die nicht eine Gegenleistung für eine besondere Leistung darstellen und von einem öffentlich rechtlichen Gemeinwesen zur Erzielung von Einnahmen allen auferlegt werden, bei denen der Tatbestand zutrifft, an den das Gesetz die Leistungspflicht knüpft; die Erzielung von Einnahmen kann Nebenzweck sein."

Dieses Gesetz, obwohl dem Grundgesetz nachgeordnet, sehen die Abgeordneten als den Kern ihrer Macht an. So bald sie den Eindruck haben dass wir hieran rütteln, wird so getan, als sei dieses Gesetz nicht von Menschen, sondern von Gott für die Ewigkeit diktiert. Dabei wollen wir dieses Gesetz gar nicht ändern!

Wir wollen, dass der Verteidigungshaushalt aus dem allgemeinen Haushaltstopf herausgenommen wird und als unselbstständiges Sondervermögen ‚Bundesmilitärfonds‘ geführt wird. Dann würde es möglich, dass jede/r SteuerzahlerIn zwischen Zivilsteuer und Militärsteuer wählen kann. Für die Umsetzung dieses Konzepts haben wir richtig gute Instrumente an der Hand: zwei juristisch-fachlich erstellte Gutachten und nun auch einen professionell gefertigten Gesetzestext-Vorschlag. Damit machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten - ein zähes Geschäft. Wir haben nämlich kein Geld anzubieten, wie die üblichen Lobbyisten, sondern Gewissen. Das ist, außer bei Embryonenforschung, nicht sehr begehrt.

Das erfahren wir nun fast täglich bei unseren Bemühungen, Gesprächstermine bei Bundestagsabgeordneten zu bekommen. Wenn "Keine Zeit" und "Kein Interesse" und "Nicht zuständig" über unsere Hartnäckigkeit gestolpert sind, kommt sofort "Keine Chance", mit Verweis auf o.g. Himmelsgesetz. Da müssen wir oft mit uns selber ins Gericht, damit wir nicht ungeduldig oder garstig reagieren. Gleichgültigkeit und Macht-Verliebtheit sind die riesigen Baumstämme, die quer über den Weg zur Demokratie-Entwicklung liegen.

Was uns hilft ist, dass auf vielen Gebieten in der Bundesrepublik an der Macht der ‚demokratisch gewähl-

ten‘ Abgeordneten gerüttelt wird, siehe Stuttgart 21, die Anti-Atom-Bewegung, eine erstärkende Bewegung für das Zurückholen von privatisiertem Gemeinschaftseigentum, der Protest gegen die Gentechnik und gegen die Bundeswehr in der Schule. Die PolitikerInnen müssen blind und taub sein, welche diese Zeichen nicht verstehen wollen. Gestärkt durch dieses Wissen machen wir mit der Lobbyarbeit weiter nach dem Motto: "Wir müssen einfach arbeiten, als wären wir morgen schon mehrheitsfähig" (Spruch von Fulbert Steffensky auf dem Kirchentag in München).

Dabei ist es nicht verkehrt, immer mal wieder die Punkte der Erfolgsstrategie von Ursula Sladek von den EWS (Elektrizitätswerke Schönau) vor Augen zu führen: wo müssen wir bremsen, wo zulegen, um effektiver gegen Gewalt zu steuern:

1. An den Erfolg glauben (es ist mehr so: hier stehen wir, und können nicht anders).
2. Positive Visionen und Zielsetzungen haben (daran mangelt es nicht).
3. Erreichbare Etappenziele stecken (kommt sehr auf die Länge der Etappen an).
4. Unmöglich erscheinende Aufgaben in Angriff nehmen (unsere Stärke).
5. Mit den Mitteln des Systems arbeiten (wir schottern - noch nicht).
6. Überparteilich arbeiten (DAS haben wir drauf).
7. Die Öffentlichkeit suchen (wir spielen auf campact...).

Um Fragen dazu und zu anderen für uns relevanten Themen flotter diskutieren zu können, experimentieren wir im Moment mit einem Friedenssteuer-Blog:

www.blog.friedenssteuer.de

Gertie Brammer, Karwitz-Lenzen



Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen, so wie Wehrdienstpflichtige wählen dürfen zwischen Kriegsdienst und Zivildienst. Und wir wollen die Garantie bekommen, dass unsere Steuern nur für zivile Zwecke verwendet werden. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Konzept für ein Zivilsteuergesetz. Wir werden auch eine Gesetzestext-Vorlage für den Bundestag formulieren. Wir machen Lobbyarbeit und sammeln Unterschriften zur Unterstützung unserer Forderung. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis wir eine gesetzliche Regelung erreicht haben.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO namens CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in Leuven/Belgien hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung



<i>Inhaltsübersicht:</i>	Seite
Bist du ein Spinner?	3
IÖFK Kingston	4
Aktionen	5
Militärsteueraktion	6
Arbeitstagung und MV in Köln	7
CPTI	9
13. Int. Konferenz Norwegen	11
Spendenaufruf CPTI	13
POL&IS	14
Einladung Jahrestreffen	17
Materialliste	19
Adressen	20



Impressum

Die *Friedenssteuer Nachrichten* werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*, (s. unten).

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantw. Redakteurin: Gertie Brammer

Die *FN* erscheinen zweimal im Jahr.

Auflage: 550 St.

Redaktionsschluss der nächsten *FN*:

10. April 2011

Kontaktadressenliste auf Seite 20

Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Krennerweg 12
81479 München

info@netzwerk-friedenssteuer.de
www.netzwerk-friedenssteuer.de

Spenden: Kto.Nr. 70 016 016 00
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

Termine: siehe auch www.friedenssteuer.de „Termine“

- 21. - 22. Januar 2011 Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden, Hannover
Thema: Entwicklungs- und Handlungsmöglichkeiten in Nahost
- 11. - 13. März 2011 Jahrestagung des Netzwerks in Heilsbronn bei Nürnberg (Seiten 17 und 18)
- Mai 2011 Steuerverweigerungsaktion (Seite 6)
- 17. - 25. Mai 2011 Internationale Ökumenische Friedenskonvokation in Kingston / Jamaika (Seite 4)
- 01. - 05. Juni 2011 Evangelischer Kirchentag in Dresden (Seite 7)
- 16. - 18. September 2011 Arbeitstagung des Netzwerks in Köln

Bist du ein Spinner?

Nach 8 Jahren intensiver Mitarbeit im CPTI-Vorstand wurde Hannelore Morgenstern-Przygoda während der Internationalen Konferenz in Norwegen durch Dietmar Czerny abgelöst. Da fragten wir vorsichtig an, ob sie nun Zeit für eine ‚Spinnergeschichte‘ hätte. Sie hatte; hier kommt die 8. Spinnerin.

Gebt uns unser Geld , zurück'!

Mich als Spinnerin zu bezeichnen, wagte noch niemand; aber Anerkennung, zumal aus der Familie, gab's auch nicht. Dabei wurde berichtet, dass mein Vater anlässlich meiner Geburt einen Laternenmast hoch geklettert sei - aus Freude über das Mädchen. Denn Mädchen schickt man nicht in den Krieg! Heute denke ich mir: Ich setze den richtigen, väterlichen Denkansatz fort.

Ins Netzwerk kam ich wie die "Jungfrau zum Kind": Ein Kölner Kollege bat mich, die Tonbandaufzeichnung der Podiumsdiskussion "Kirche auf dem Weg des Friedens am Beispiel Kriegssteuerverweigerung" beim Kirchentag 1991 in Essen abzutippen. Was ich da hörte, ließ mich staunen. Viele ungeklärte Dinge, die ich im Kopf und Gefühl hatte, wurden dort angesprochen und hatten schon Hand und Fuß.

Mein Denken hatte sich so entwickelt: Im Geschichtsunterricht waren wir gerade noch bis 1933 gekommen. Es bestand kein Zweifel, dass Deutschland den Beginn des Zweiten Weltkriegs zu verantworten hatte. So ging ich ins weitere Leben mit der Überzeugung, dass von Deutschland wirklich nie wieder Krieg ausgehen dürfe, dass es folglich weder Armee noch Waffenproduktion bei uns geben dürfe. Dummerchen! Inzwischen war dieses Land wiederbewaffnet worden. Und ich konnte und kann es nicht fassen - auch nicht, dass meine Familie zu dieser Zeit offenbar tonlos geblieben war.



Ich wurde Beisitzerin im Ausschuss für die Anerkennung von Kriegsdienst-Verweigerern, und zwar in der Absicht, dass alle Jungs, die es ernst meinten, auch anerkannt wurden. Das war jahrelang mein bescheidener Beitrag als Frau. Die Friedenssteuer-Leute öffneten mir eine neue Tür. Ungeachtet aller Mühe, die folgte: Dafür bin ich ihnen in der Seele dankbar.

Mein erster und einziger Prozess war ein kleines Fiasko: Erst bei der Verhandlung stellte sich heraus, dass das Finanzamt zu einem Detail meines mehrteiligen Antrages noch keine Entscheidung getroffen hatte. Der Richter riet mir, die Klage zurückzuziehen; das tat ich - stocksauer auf mich und die Spielchen des Systems.

Schlimmer als das Urteil "Spinner" fand ich dasjenige eines schottischen Freundes, dessen Vater mir noch 1969 wegen des Kriegsgeschehens den Zutritt zu seinem Haus verwehrte. Dieser Freund hält mein Engagement gegen Krieg und Armee schlicht für verantwortungslos. Er irrt. Denn der Berufssoldat in meiner Familie, der sein brillantes Wissen nutzte, um mittels Computerprogrammen die Zielgenauigkeit von Torpedos zu steigern, stellte seine Fähigkeit in den falschen, weil tödlichen Dienst. Kommt es in der

Männergesellschaft Armee zu Ekel-Ritualen, Exzessen oder Alkoholismus, dann verführt sie unsere Männer und hat sie schon allein deshalb nicht verdient. Sofern Kriege aufgrund der Ungerechtigkeit in den Wirtschaftsprozessen entstehen, bin ich zwar auch daran mitverantwortlich; aber mit Gewehr und Torpedo ändert sich daran nichts - nicht durch Verteidigung und nicht durch Angriff.

Gebt uns unser Geld ,zurück', damit wir wirklich für Frieden arbeiten können!

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

Die Waffen nieder

Gebor'n in einer Stadt, vom Krieg verwüstet und zerstört,
habe ich, seit ich hören kann, "Nie wieder Krieg!" gehört.
Ich hab meine Lektion so gut gelernt, hab' von so nah
den Krieg geseh'n, dass auch das Kind begriff, was da geschah.
Manch Ängste, weiß ich, werd' ich nie verlieren
und Bilder nicht aus meinem Kopf radieren.

Und Krieg ist ein Verbrechen, kein Krieg ist je gerecht,
und ihr, die ihr ihn uns schönredet und das Gelübde brecht,
euch fromme Beter hör ich nun eifrig die Trommel rühr'n,
um anderer Leute Kinder in eure Schlachten zu führ'n.
Erinnert ihr euch, ihr wolltet nie wieder, nie wieder Krieg.

Reinhard Mey,

Internationale Ökumenische Friedenskonvokation 2011 in Kingston / Jamaika

Wie gut sind wir vorbereitet?

Ich hatte schon in den *Friedenssteuer Nachrichten* Nr. 41 und 43 über die Vorbereitung des *Antrags Krieg ächten* geschrieben. Heute kann ich erfreulich weiteres berichten, was zur Vorbereitung der Konvokation aus dem Ökumenischen Netz kommt, in dem ich auch das *Netzwerk Friedenssteuer* vertrate.

Bereits 2006 hatte ich im ÖNiD die Fachgruppe ‚Vorbereitung der Konvokation‘ gegründet. Nach dem Treffen im April 2007 in der *Adam-von-Trott-Stiftung* in Imshausen gab es verschiedene Untergruppen: da habe ich begonnen, die *AG Krieg ächten* aufzubauen. Andere AGs waren:

- Die *AG Gewalt in den Medien*. Dazu hat 2009 eine Tagung in der Ev. Akademie von Thüringen stattgefunden. Das Thema wurde dann auf ÖRK-Ebene in England weitergeführt. Das Ergebnis (was diese AG in Kingston einbringen wird) kenne ich nicht.
- Die *AG Ökonomie*. Diese führte zur Gründung der *Akademie auf Zeit*. Solidarische Ökonomie, die sehr gut und kompetent gearbeitet hat (mit zeitweise bis zu 80 Aktiven) - das kann man im Internet unter diesem Stichwort nachlesen. Die *Akademie auf Zeit* wird in Kingston einen Workshop anbieten und vielleicht auch einen Initiativantrag einbringen. Dazu gibt es eine Vorbereitungsgruppe: wenn der Krieg nachhaltig geächtet werden und bleiben soll, muss sich parallel zu dem Abbau des Militärs eine solidarische Ökonomie ausbreiten...
- Die Klima-Gruppe: Wenn die Umweltprobleme gelöst werden sollen, muss vorher der Krieg geächtet werden. Dann kann es faire Verhandlungen, nachhaltige Ergebnisse geben...
- Ökumenische Theologie: Theologie des Friedens, Reich Gottes-Theologie und andere Baustellen - das sind noch zu verschiedene Gruppen, die sich nicht zusammenschließen können. Ihr gemeinsames Anliegen ist als Punkt 3 in unseren Antrag aufgenommen.

Nun zum Antrag der *AG Krieg ächten*:

Er steht auf der Tagesordnung des Beschlussplenums (zum Abschluss der Konvokation). Paul Oestreicher wird ihn einbringen; Konrad Raiser, Geiko Müller-Fahrenholz (der in Genf die Konvokation vorgezeichnet hat), Fernando Enns (auf den die *Dekade Gewalt Überwinden* wesentlich zurückgeht) werden im Plenum und sicherlich auch schon vorher dazu reden. Ich bin auch noch hinter Erzbischof i.R. Desmond Tutu her, der zumindest eine Grußbotschaft nach Kingston schicken soll ...

Prof. Johann Galtung (Alternativen zum Krieg) und Andreas Zumach (welche Kriege stehen uns bevor, wenn wir nichts tun) wollen in Kingston ein Seminar dazu machen. Ich bin auch dort, als Delegierter meiner Landeskirche Kurhessen-Waldeck.

Ist also alles "in trockenen Tüchern"?

Ich hatte die Initiative zum Antrag beim Bremer Kirchentag (2009) gestartet mit einem Flugblatt ‚Einladung zur Mitarbeit‘, das ich dort in einer Auflage von 2500 Stück verteilt habe (vor Veranstaltungen, die in diesem Gesamtzusammenhang standen, auf die Papphocker verteilt). Aber weder von dort noch aus dem ÖNiD und der *Kooperation für den Frieden* kam Zuarbeit. Ich habe dann Leute direkt angesprochen, mit Kritik bzw. Vorschlägen mitzuarbeiten: u.a. Horst-Eberhard Richter, Eugen Drewermann, Hans-Peter Dürr, Jakob von Uexküll, Ernst-Ulrich von Weizsäcker, Robert Zollitsch, Dieter Senghaas und viele weniger bekannte. Aber auch hier war das Echo eher mies - wie im *Netzwerk Friedenssteuer*.

Der jetzige Vorsitzende des Versöhnungsbundes, Pfr. Matthias Engelke, hat anfangs die Sache sehr unterstützt; ich war zwei Tage bei ihm, um an der Formulierung zu arbeiten. Ebenso besuchte ich Reinhard Voß, damals Geschäftsführer von pax christi. Und aus Genf kam der (dringende) Wunsch, ich möge dranbleiben und den Antrag fertig machen. Jetzt hat es dort viel Personalwechsel gegeben und ich muss aufpassen, dass nicht unter der Hand die Sache wieder vom Tisch gewischt wird. Von außen und aus Mitgliedskirchen kommen Einflüsse, die ich nicht einschätzen kann.

Ich habe schon lange versucht, eine Akademie zu finden, die zu einem Symposium mit Völkerrechtlern einlädt. Denn die Sache ist nur umsetzbar, wenn die in Ansätzen vorhandene Weltfriedensordnung mit der Etablierung konkreter Institutionen weitergeführt wird, die ein Frühwarnsystem und eine Mediationsstelle für internationale Konflikte verbindlich machen.

Meine Hoffnung ist, dass, wenn der Beschluss tatsächlich gefasst ist, dann viele aufwachen und aktiv werden - auf allen Ebenen: ‚unten‘ und in den politischen und fachlichen Gremien.

10. - 12. Dez. 2010 findet in der Ev. Akademie Arnoldshain eine Tagung zu Kingston statt, an der alle, die nach Kingston fahren, teilnehmen sollen (und Interessierte / Engagierte). Dort sollen alle Initiativen, die aus Deutschland kommen, vorgestellt werden. Da wird auch die *AG Krieg ächten* dabei sein, die Horst Scheffler einleitet (früher Militärdekan, jetzt Vorsitzender der AGDF), einer der wenigen, die von sich aus auf mich zugekommen sind, um den Antrag zu unterstützen.

Also insgesamt ein recht buntes und eigentlich auch positives Bild. Eine Unwägbarkeit besteht noch: Bisher kapitulieren alle kirchlichen Stellungnahmen noch vor der ‚ultima ratio‘, bzw. der ‚Schutzpflicht‘. Damit rechtfertigen sie letztlich immer noch das Militär. Ich arbeite zurzeit gegenüber / mit einigen wichtigen Leuten in der ev. und kath. Kirchen daran, diesen faulen Zahn zu ziehen.

Michael Held

Gute Handlungsmöglichkeit um den Antrag in Kingston zu unterstützen:

Schreiben Sie an die Leitung ihrer evangelischen oder katholischen Landeskirche, oder die anderer christlichen Religionsgemeinschaften. Fordern Sie dazu auf, dass diese ihre Jamaika-Delegierten beauftragen, für den Antrag auf ‚Krieg ächten‘ zu stimmen. Den Antrag und eine Liste mit 10 Argumenten dafür finden Sie auf unserer Internetseite.

Und wenn Sie sowieso an eine evangelische Landeskirche schreiben, nutzen Sie bitte die Gelegenheit, dort eine Diskussion über unsere Friedenssteuer anzustoßen, s. den Brief im Kasten. Nachfolgung wärmstens empfohlen! Die Antworten kommen in die nächste FN-Ausgabe.

Von: Wieland Walther Gesendet: Freitag, 19. November 2010 An: info@ekiba.de
Betreff: ÖRK zu KDV und Militärsteuerverweigerung

Sehr geehrte Damen und Herren im Oberkirchenrat,
erst kürzlich stieß ich auf einen Beschluss des Zentral-Ausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 1.9.2009 zum Thema KDV (Bericht des Ausschusses für öffentliche Angelegenheiten / Protokollpunkt zum Recht auf KDV).

Da heißt es unter Punkt F: Der Zentral-Ausschuss ermutigt die Kirchen, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen. Als langjähriges Mitglied der *Friedenssteuer-Initiative**) interessiert mich, wie ‚meine‘ Badische Landeskirche mit dem Beschluss des Zentral-Ausschusses des ÖRK umgeht. Darf ich um eine Information dazu bitten.

Mit vielem Dank im Voraus und freundlichen Grüßen,

Dr. Wieland Walther, Kirchgarten

*) Friedenssteuer-Initiative ist der frühere Name vom Netzwerk Friedenssteuer.

Weitere Aktionen gab es "bei den anderen": Für *Kopfbahnhof 21* zogen drei Trecker aus dem Wendland im Oktober nach Stuttgart. Dafür saßen mehrere Schwaben auf den Gleisen gegen die Castoren. Immer sind auch welche NetzwerklerInnen dabei, z.B. traf ich Günter Wimmer, Friedenssteuer-Freund aus München. Nennen will ich auch gerne Else Tonke und Ursula Peters aus Berlin, 78 und 76 Jahre alt. Sie haben noch keinen Castor ‚versäumt‘ und schliefen in der Dannenberger Kirche auf den Bänken! Und Michael Held, der bei der Anti-AKW-Demo in Bad Hersfeld eine flammende Rede hielt. Fotos haben wir hier nicht, aber Sie alle werden in den Medien genug gesehen haben.

Vorrang für Zivil!

Die Politik stellt trotz mancher Sonntagsreden die Weichen gerade in die andere Richtung: Vorrang fürs Militär. Der Ende November beschlossene Bundeshaushalt für 2011 zeigt: Das ‚Verteidigungsministerium‘ erhält ca. 5mal mehr Geld als das Entwicklungshilfeministerium BMZ - 32,55 Mrd. € zu 6,22 Mrd. €. Die ‚Verteidigung‘ soll 10,3 % der Staatsausgaben kosten, die ‚Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung‘ ist uns lediglich 2,03 % wert. Beide Haushalte erhalten 2011 mehr als in diesem Jahr, jedoch das Verteidigungsministerium im Vergleich zum BMZ ca. die 3fache Summe (438 Mio. € zu 149 Mio. €). Daraus kann kein ‚Vorrang für Zivil‘ werden! Der Blick auf die nüchternen Zahlen enttarnt den (Personal-)Abbau der Bundeswehr als das, was er in Wahrheit ist - ein Um- und Ausbau.

Man kann nichts machen? Doch. Die Kampagne ‚20 Millionen mehr vom Militär‘ von *Ohne Rüstung Leben* (ORL) und *Zivilem Friedensdienst* (ZFD) fordert die Umwidmung von Geld aus dem Verteidigungshaushalt für den Ausbau des Zivilen Friedensdienstes. Neben der Möglichkeit, die Aktion online zu unterstützen gibt es auch kostenlose Aktionskarten: ORL, Tel. 0711-608396 bzw. orl@gaia.de und ZFD, Tel. 0228-85029631 bzw. www.forumzfd.de



Breite Militärsteueraktion in 2011

„Bundeswehr in der Schule“ (S. 14) und eine neue Flüchtlingswelle (s. u.) - weitere Gründe, gegen Gewalt zu steuern! Im Mai 2011 wird es eine neue, breit angelegte Steuerverweigerungsaktion geben.

Ideal wäre, wenn sich für jedes Finanzamt eine/n VerweigererIn finden ließe. Das ist aber nicht realistisch. Wir wären froh, wenn insgesamt 100 Ämter mit unserer Aktion konfrontiert würden. Also gilt es Menschen zu finden, die sich zum Mitmachen entschließen können.

Und so wird der Ablauf sein:

Wir erstellen einen Text, mit dem möglichst viele Partner-Organisationen ihre Mitglieder zum Mitmachen aufrufen. Diesen Text werden Sie in der nächsten FN-Nummer finden und schon vorher im Internet.

Wer sich für Teilnahme bei uns meldet, bekommt Infos und Anleitung (gern auch per eMail), und einen Formulierungsvorschlag, den man am Besten nach eigener Inspiration individueller gestalten sollte. Unser Brief wird nur eine Anregung sein (was muss unbedingt rein); wichtiger ist die eigene überzeugende Argumentation! Sie sollten uns angeben, ob Sie Selbstständige/r sind oder Angestellte/r; wir sorgen für entsprechende Texte.

Der Start ist am 15. Mai, dem internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, an die wir unsere Militärsteuerverweigerung anhängen: zwei Seiten der gleichen Medaille. Auch das muss in die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Verweigerungsbriefe sollen zwischen dem 20. und 30. Mai bei den Ämtern eintreffen.

Wir bitten um Briefkopien, um sie der Presse zu geben (wenn gewünscht, ohne persönliche Daten) und ebenfalls um Kopien der Antworten.

Außer einer Absage sind für Angestellte keine negativen Folgen zu erwarten. Wenn Sie als Selbstständige/r Nachteile bei der Betriebsprüfung befürchten, können wir als Organisation eine Erklärung beilegen die bestätigt, dass es sich um eine private Gewissensentscheidung - im Rahmen einer großen Aktion - handelt und nichts mit dem Geschäft selber zu tun hat.

Eigentlich erfordert die Teilnahme nur ein wenig Courage und Zeit. Anschließend kann jede/r noch weitermachen, muss aber nicht. Auch das werden wir klarstellen.

Nun haben Sie ein paar Monate Zeit zum Überlegen. Anmelden können Sie sich ab sofort - bei Lina Hoffmann (s. letzte Seite). Und wenn Sie sich für diese Aktion entscheiden - bitte, sprechen Sie Freunde und Bekannte an, für die andere Finanzämter zuständig sind!!!

Wir sind sehr gespannt!

AG Finanzamt

Wir gehen selber mit gutem Beispiel voran: Das Finanzamt Lüchow wird Post bekommen. In Dannenberg sind diesen Sommer 7 AfghanInnen neu aufgenommen worden, die in Windeseile als asylberechtigt anerkannt wurden. Es gibt eine

frische Welle von Flüchtlingen aus Afghanistan, und weil dort deutsche Soldaten kämpfen, komme Deutschland nicht umhin, die Flüchtlinge anzuerkennen, vermuten wir.

Der Verein *Kinder KINDER e.V.* in Dannenberg kümmert sich um Flüchtlingskinder (auch um die Eltern). Der Vorstand sieht den direkten Zusammenhang zwischen Krieg dort und Arbeit hier und hat zugestimmt, die Steuerverweigerungsaktion zu unterstützen. Einige Ehrenamtliche werden selber verweigern, und als Arbeitgeber wird der Verein von den drei hauptamtlichen Mitarbeitern, wenn sie das wünschen, den Militärsteueranteil zurückhalten und auf das Anderkonto einzahlen. Wir werden versuchen, es am 15. Mai 2011 in die lokale Elbe-Jeetzeltzeitung zu bringen.

Gertie Brammer



Doch - jetzt wissen wir es, sagten die Herren Köhler und zu Guttenberg: Für Wirtschaft, Rohstoffe und freie Handelswege. Na denn, gestalten wir den Stein ein bisschen fröhlicher! \$\$\$\$€€€€€€€€€€€€€€€€€€

Arbeitstagung in Köln, mit zusätzlicher Mitgliederversammlung und AG-Berichten

Mitgliederversammlung am 18. 9. 2010

Beschlüsse:

1. Satzungsänderung durch Einfügung in §5(3) von folgendem Satz:
"Die Mitglieder des Vorstandes sowie beauftragte Einzelpersonen haben Anspruch auf eine angemessene Vergütung, die jährlich einen Betrag in Höhe von 500,00 € nicht übersteigen darf. Ein Anspruch einer beauftragten Einzelperson besteht nur dann, wenn deren Tätigkeit auf Dauer und Nachhaltigkeit gerichtet ist und über die übliche Tätigkeit eines Mitglieds hinausgeht. Scheidet ein Vorstandsmitglied oder eine beauftragte Einzelperson im Laufe eines Jahres aus, so besteht lediglich ein zeitlich an-

teiliger Anspruch. Dieser besteht nicht bei einem Ausschluss oder der Abberufung des Vorstandes oder der beauftragten Einzelperson."
Die Höhe der angemessenen Vergütung wird im Einzelnen im Haushaltsplan festgelegt.
7 Ja-Stimmen; 1 Enthaltung, keine Gegenstimmen.

2. Gertie Brammer wird gemäß Satzung § 9 offiziell mit der Redaktion der *Friedenssteuer Nachrichten* beauftragt. Damit gehört sie zu den beauftragten Einzelpersonen, so dass sie nun auch eine Aufwandsentschädigung nach §5(3) in Anspruch nehmen kann (so weit die Vereinskasse dies zulässt, was ja für alle gilt).

AG Rechtswege

Aus Karlsruhe kam bisher noch keine Reaktion auf unsere Verfassungsbeschwerde. Unser Entwurf für ein Zivilsteuergesetz ist fertig:

"...und es geht doch!"

freuten sich am Ende eines intensiven Sitzungstages die Frauen und Männer der AG Rechtswege. Am 13. November d. J. war der Entwurf eines Zivilsteuergesetzes (ZStG) fertig.

Die Verfasserin, Ass. Jur. Annette Fabbri, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Öffentliches Recht der J.W.-Goethe Universität Frankfurt am Main. Nach ‚engagierten Diskussionen auf hohem Niveau‘ und regem eMail-Verkehr arbeitete sie im Vorfeld alle Änderungsvorschläge - soweit sie juristisch vertretbar waren - in den Entwurf ein. Allein Sepp Rottmayr ging mit ihr in Frankfurt 61 Einzelpunkte durch. Nachdem auch der Jurist und Buchautor Dr. jur. Paul Tiedemann (*Das Recht der Steuerverweigerung aus Gewissensgründen*) diesen Text durchgesehen und Annette Fabbri seine Anmerkungen berücksichtigt hatte, ging es bei der vergangenen Sitzung nur noch um wenige "kosmetische" Korrekturen.

Einzig die Stellungnahme von Prof. Dr. Andreas Löhr stand noch aus. Sie folgt aber Anfang Dezember, wenn er aus Asien zurück ist. Sepp Rottmayr ist beauftragt, seine Hinweise im Entwurfstext zu berücksichtigen. Ohne auf alle Feinheiten des Gesetzestextes und seiner Begründung einzugehen, möchten wir doch auf zwei entscheidende Tatbestände hinweisen, die das "...und es geht doch!" - auch gegen wohlmeinende Bedenkenräger - ermöglichen:

1. die Errichtung eines rechtsfähigen Sondervermögens unter dem Namen ‚Bundesmilitärfonds‘ und
2. die Aufteilung der steuerpflichtigen BürgerInnen in AllgemeinsteuerzahlerInnen bzw. Zivilsteuer-zahlerInnen.

Nach der Mitgliederversammlung im März 2011 geht dann der Gesetzentwurf in das "Eigentum" des Netzwerks über und wird sicher zu einem außerordentlich nützlichem Dokument für die Lobbyarbeit, gibt es doch auf die Frage "Wie stellt ihr euch das vor, wie soll das gehen?" eine eindeutige Antwort: "...und es geht doch! Nimm und lies!"

"...und es geht doch" war auch das Ergebnis der Diskussion zum Tagesordnungspunkt ‚Musterbrief an das Finanzamt zur Anerkennung als ZivilsteuerzahlerIn‘. Es galt, die vielen kritischen Anfragen zum vorgelegten Entwurf, die auf der Organtagung in Köln formuliert wurden, aufzunehmen. Wir fanden in den §§ 222 bzw. 227 der Abgabenordnung eine Möglichkeit, einen Musterbrief für Lohnabhängige und einen für Selbstständige abzufassen. Ich werde dazu eine Gebrauchsanweisung schreiben und rechtzeitig vor dem nächsten Treffen der AG Rechtswege im Februar 2011 den Mitgliedern vorlegen.

Geht doch!

Kurt Büttler

Nach der Mitgliederversammlung im März 2011 werden wir den Gesetzentwurf überall bekannt machen: beim Verfassungsgericht, in der breiten Friedensbewegung, bei Kirchens, in der juristischen und parlamentarischen Fachliteratur zum Thema ‚strukturelle Gewalt‘, während der Lobbygespräche, auf unserer Internetseite. Wer vorher schon Einblick haben möchte, wende sich an die Redaktion.

Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht sind sie der Griff des in diesem Zug reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.

Walter Benjamin

AG Steuern zu Pflugscharen

Ökumenischer Kirchentag 2010 in München

Die AG war auf dem ökumenischen Kirchentag in München mit Stand und Personal gut vertreten. Lina Hoffmann hatte die Organisation, die prima geklappt hat. Annette Habert und Damara Brändlin überraschten mit einer sehr gelungenen Fotoserie - einmal auf großen Tafeln am Stand und dann auch als Leporello. Die Fotos finden Sie auf Seite 19 - wie gerne würden wir die Reaktionen der LeserInnen erfahren!

Gerlinde und Martin Rambow brachten neue Aufforderungstexte, an die beiden Volkskirchen gerichtet, auf Postkartenformat mit. Dazu passte eine Unterschriftensammlung mit der Forderung an die Kirchen, das Wort des Ökumenischen Kirchenrats zur Kriegsdienstverweigerung - inklusive Hinweis auf Militärsteuerverweigerung! (wir berichteten in FN42, Seite 7) - ernst zu nehmen und in der Praxis umzusetzen. Nach geleisteter Unterschrift durften die Besucher sich die Hände in einer Waschsüssel ‚in Unschuld‘ waschen.

Sepp Rottmayr hielt auf dem Podium in der Halle einen Vortrag, den Sie auf unserer Internetseite lesen können.

Evangelischer Kirchentag 2011 in Dresden

Auch hier werden wir wieder zu finden sein. Ein wichtiges Thema wird sein: die Ergebnisse aus Kingston/Jamaika. Michael Held wird dazu in der Halle einen Vortrag halten. Vorher Näheres in den Friedenssteuer Nachrichten Nr. 45. Hannelore Morgenstern koordiniert die Gestaltung. Wer Standdienst machen möchte wende sich an Lina Hoffmann (s. Seite 20).

AG Lobbyarbeit

Wir haben mehr als die Hälfte der Abgeordneten-Büros der vier wichtigsten Ausschüssen (Finanzen, Haushalt, Recht und Verteidigung) beackert. Das sind ca. 100 von 150 Abgeordneten. Daraus resultierten bisher 6 konkrete Termine und 2 zugesagte, aber noch nicht festgemachte. Vielleicht kommen noch 2 hinzu. Bei Haushalt und Finanzen kamen wir sehr schleppend voran, weil diese Abgeordneten den ganzen Herbst mit dem Erstellen des Haushaltsplans 2011 beschäftigt waren und glaubhaft ‚keine Zeit‘ signalisierten. Wir hoffen, im nächsten Heft einen inhaltlichen Bericht bringen zu können.

AG Öffentlichkeitsarbeit

So sehr wir uns freuen über die vielen neuen Werbematerialien - es braucht auch einen gut erkennbaren Klammer, auf gut Deutsch: eine Corporate Identity. Die wollen wir bis Sommer 2011 erarbeiten, so wie auch neue ansprechende Materialien. Auf Seite 19 finden Sie eine Übersicht vom Material, das bei Friedrich Heilmann bestellt werden kann. Im nächsten Heft kommen dazu noch eine Literaturliste und eine Liste der Spruchbänder (mit Bildern), die intern ausgeliehen werden können. Wer Bücher zu unserem Thema zum Ausleihen besitzt, bitte angeben bei Hannelore Morgenstern; Spruchbänder/Banner bei Friedrich Heilmann.

Blog Netzwerk Friedenssteuer

Die Bedürfnisse der Einzelnenbewegung ist Mithrasvermittlung

www.blog.friedenssteuer.de Mit kurzen Informationen und Kommentaren zu aktuellen Ereignissen wollen wir eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Wir eröffnen die Möglichkeit zur Diskussion.

Facebook ist mehr etwas für junge Leute – so das Vorurteil.



Wir werden sehen. Der Facebook-Auftritt ist noch am Anfang. Einfach mal anklicken und sich als „Freundin“ oder „Freund“ eintragen.



Die direkte und schnellste Information funktioniert immer noch über eMails. Bitte senden Sie Ihre eMail-Adresse, wenn nicht schon geschehen, an Friedrich Heilmann:

heilmann@friedenssteuer.de

Sie bekommen dann sehr unkompliziert die neuesten Nachrichten direkt zugesandt – aber immer ohne Anhänge, nur reine und meist sehr kurze Textmails – Ihre eMail-Adresse bleibt „geheim“ (blind copy).

Vernetzung

Kooperation für den Frieden

Michael Held organisierte für Sepp Rottmayr die Möglichkeit eines Vortrags bei einer Sitzung des Kooprates. Thema: die kommende breite Steuerverweigerungsaktion Mai 2011; die Partner mögen uns unterstützen (pax christi und der Versöhnungsbund haben schon zugesagt).

Wichtiges Thema bei der Koop (und auch in der EKD): Bundeswehr im Inneren.

Die nächste Strategiekonferenz der Koop findet in Hannover (Bürgerzentrum Raschplatz) statt, 21./22.01.2011. Thema: Entwicklungsmöglichkeiten in Nahost, unsere Handlungsmöglichkeiten.

Ökumenische Friedenskonvokation Mai 2011 in Kingston/Jamaika

Vom 10.-12. Dezember tagen die Jamaika-Delegierten in Arnoldshain. Dort wird es eine *AG Krieg ächten* geben, die maßgeblich von Michael Held geführt wird.

Das „*Offene Forum Gewalt Überwinden*“ stellt Materialien für Gemeinden und Gruppen zusammen, die an der Auswertung der *Dekade Gewalt Überwinden* interessiert sind. Und nach Ablauf der Konvokation auf Jamaika plant das *Offene Forum* in Deutschland einen Kongress, auf dem die Ergebnisse von Kingston hier öffentlich gemacht werden und die Umsetzung initiiert wird.

CPTI – Conscience and Peace Tax International - www.cpti.ws

Das Menschenrecht auf Frieden, Forum in Compostela, Dezember 2010



Eine vierjährige Kampagne der internationalen Zivilgesellschaften mündet in den Internationalen Kongress zum Menschenrecht auf Frieden, der vom 9. – 10. Dezember 2010 in Compostela/Spain mit ca. 800 NRO und der Verabschiedung einer internationalen Erklärung stattfinden wird. Die spanische Gesellschaft zur Förderung der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung nahm im Oktober 2006 die «Erklärung von Luarca zum Menschenrecht auf Frieden» («Luarca Declaration on the Human Right to Peace») an, welche das Ergebnis von vielen Zusammenkünften spanischer Intellektueller und Professoren für Völkerrecht und internationale Beziehungen in den Jahren 2004 bis 2006 ist. Punkte daraus:

- Das in Artikel 2, Absatz 4 der UNO-Charta enthaltene internationale Gewaltverbot kann auch unter dem Aspekt des Menschenrechtes auf Frieden betrachtet werden. Krieg als Mittel nationaler Politik muss geächtet werden. Präventive oder präemptive Kriege dürfen nie wieder zugelassen werden.
- Am 12. November 1984 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Resolution 39/11, die im Anhang die «Erklärung über das Recht der Völker auf Frieden» enthält. (www.zeitfragen.ch/ausgaben/2007/nr9).
- Der Aufruf für ein "Menschenrecht auf Frieden" wurde UNO-Generalsekretär Kofi Annan mit 4000 Unterschriften im Dezember 2003 überreicht. CPTI wird durch Derek Brett vertreten sein, der über NRO und den Beratenden Ausschuss des Menschenrechtsrates (18 juristische ExpertInnen als ‚think-tank‘ des Rates) Einfluss nehmen will.



Die **Internationale Ökumenische Friedenskonvokation (IÖFK)**, die im Mai 2011 in Kingston/Jamaika stattfindet, soll ein „Erntedankfest“ der Dekade werden. Die Kirchen sind auf dem Weg zu einer ökumenischen Erklärung zum ‚gerechten Frieden‘, die die Ächtung von Krieg enthalten soll. Grundlagen für das Anliegen der Militärsteuer-Verweigerung finden sich in der Schlusserklärung von Seoul/Korea im März 1990 und im Protokoll des Zentralkomitees des Weltkirchenrates vom September 2009 (s. FN 42).

CPTI wird nach der Friedenskonvokation alle Länderorganisationen danach fragen, was in den nationalen Kirchen geschieht, damit diese Ansätze nicht im Sande verlaufen. Michael Held, Mitglied im *Netzwerk Friedenssteuer*, wird als Repräsentant seiner Landeskirche an der Friedenskonvokation teilnehmen.

CPTI veröffentlicht nach kurzer Unterbrechung wieder seine **Bulletins**, die nun grafisch anspruchsvoller gestaltet sind und kürzer gefasste Texte enthalten. Aktuell wird berichtet von der Mitgliederversammlung und der Vorstandssitzung, beides fand in Verbindung mit der 13. Internationalen Konferenz Anfang Juli in Sandefjord/Norwegen statt. Dort traf der Vorstand auch den Schweizer Juristen Christophe Barbey, der nun als CPTI-Delegierter in Genf mitarbeitet. Demnächst will er einen Artikel auf der CPTI-Internetseite veröffentlichen.

In einem Artikel für eine März-Ausgabe von *The Friend* (Wochenmagazin der britischen Quäker) ging Derek Brett der Bedeutung eines Gerichtsverfahrens vor dem Europäischen Menschenrechtsgericht nach (Glor vs. Schweiz). Dabei ging es um eine **besondere Art Militärsteuer-Verweigerung**: Die Männer der Schweiz, die nicht in einem vorbestimmten Jahr den Militärdienst leisten, werden stattdessen gezwungen, zusätzliche drei Prozent „Militärsteuer“ zu ihrer Einkommensteuer zu zahlen. Der Artikel findet sich unter: <http://thefriend.org/article/a-very-human-right>

Anfang November wurden u.a. die USA der neunten Runde der Universellen **Menschenrechtsprüfung** (Universal Periodic Review) unterzogen. CPTI steuerte eine schriftliche Stellungnahme bei, die in die offizielle Zusammenfassung einfluss. - Details zu diesem Verfahren unter: www.upr-info.org

CPTI hat sich mit anderen Organisationen zusammen getan, um ein unterstützendes Gutachten zur Beschwerde eines armenischen Zeugen Jehovas beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vorzulegen. Das Gutachten nimmt Bezug auf Artikel 9 der Konvention für den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Es würde ein wahrer Meilenstein erreicht werden, wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte endlich die **Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen als ein Menschenrecht** im Sinne des Komitees für Menschenrechte der Vereinten Nationen anerkennen würde!

Der UN-Menschenrechtsrat hat Prof. Dr. Heiner Bielefeldt zum **neuen Sonderberichterstatter** der Vereinten Nationen für Religions- und Glaubensfreiheit ernannt. Er übernahm das Amt im August 2010 von der pakistanischen Juristin Asma Jahangir, die turnusgemäß ausschied. Seine Aufgabe ist es zu untersuchen, ob Religions- und Glaubensfreiheit weltweit gewährleistet ist. Bielefeldt ist seit 2009 Inhaber des neu geschaffenen Lehrstuhls für Menschenrechte und Menschenrechtspolitik an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er hat katholische Theologie, Philosophie und Geschichte studiert.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

CPTI-Mitgliederversammlung

CPTI traf sich im Rahmen der 13. internationalen Konferenz der Kriegssteuerweigerer und der Friedenssteuerbewegung in Sandefjord/Norwegen. Auf Grund der internationalen Zusammensetzung des Vorstandes wird alle zwei Jahre die Gelegenheit zu einem persönlichen Treffen genutzt. Es fanden, wie meistens, Neuwahlen des Vorstands statt.

Nicht mehr kandidieren wollte neben Carla Goffi und Alan Gamble auch Hannelore Morgenstern, nachdem sie acht Jahre lang viel Energie für die Vorstandsarbeit aufgebracht hatte. Der neue Vorstand (s. unten) bedankte sich mit Blumen bei ihr für ihre hervorragende, ausdauernde Arbeit als stellvertretende Vorsitzende. Auch vom Netzwerk Friedenssteuer kamen herzliche Dankesworte, und als symbolische Erinnerung eine Tonschale mit unserem Logo (siehe Foto S. 3).



Der neue Vorstand setzt sich jetzt zusammen aus:

Pedro Otaduy (Vorsitzender), Pamplona-Iruñea/Spanien; Dietmar Czerny (stellvertretender Vorsitzender), München/Deutschland; Robin Brookes (Kassenwart), Market Lavington/England; Dirk Panhuis (Geschäftsführer), Leuven/Belgien; Naomi Paz Greenberg, Forest Hills, New York/USA; Daniel Jenkins, Saranac Lake, New York/USA; Angelo Gandolfi, Genova/Italy; Milena Romero, Bogotá/Kolumbien (konnte nicht anreisen).

Zusätzlich gibt es VertreterInnen bei den Vereinten Nationen in Genf (Derek Brett und Christophe Barbey) und New York (Dan Jenkins und Naomi Paz Greenberg).

Der Vorstand tagt monatlich per Telefonkonferenz und entscheidet über laufende Geschäftsangelegenheiten.

Weitere Informationen über CPTI finden Sie auf der Internetseite: www.cpti.ws/indexdeutsch.html
Übersetzt ins Deutsche sind erst wenige Seiten, aber ein Besuch lohnt sich.

Dietmar Czerny

13th INTERNATIONAL CONFERENCE on WAR TAX RESISTANCE and PEACE TAX CAMPAIGNS



Teilnehmende vom Netzwerk Friedenssteuer: Dietmar Czerny; RA Annette Fabbri; Friedrich Heilmann; Hannelore Morgenstern; Gerlinde und Martin Rambow; Sepp und Liesel Rottmayr; Wolfgang und Uschi Steuer.



Die 13. Internationale Konferenz für Militärsteuer-Verweigerung und Friedenssteuer-Kampagnen hat vom 2. – 4. Juli 2010 im norwegischen Sandefjord (160 km südlich von Oslo) stattgefunden. Dauerhaft nahmen 58 Personen aus 11 Nationen teil. Skiringssal College, eine Volkshochschule, war das Tagungshaus.

Nach langer Zeit nahm ich zum ersten Mal an einer solchen Konferenz ohne zusätzliche Funktionen, ohne Vorstandssitzungen als Pausenfresser, teil – ein angenehmes Gefühl. Die ruhige und gute Stimmung der Teilnehmenden untereinander, seitens der Koordinatorin und zwischen Hauspersonal und Gäste tat das Ihrige dazu. Und nicht zu vergessen das Sommerwetter und die hellen Nächte am Oslofjord.

Ergebnisse und Absprachen der 13. Konferenz:

Ein unerwartetes Ergebnis der Konferenz war die Entscheidung, den 15. Mai – den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer (Aktionstag seit gut 10 Jahren) – in allen Ländern auch als Tag der Militärsteuer-Verweigerung einzuführen. Ob er so heißen soll oder anders und mit welchen Aktionen diesem Tag öffentliche Aufmerksamkeit verschafft werden soll, wird noch zu klären sein. In Deutschland gehen wir voran mit einer Steuer-Verweigerungsaktion (siehe S. 6).

14. Internationale Konferenz in Buenos Aires, Argentinien: Wegen des Bemühens südamerikanischer Aktionsgruppen, z.T. auch Regierungen, um das Recht

der Kriegsdienstverweigerung/KDV, wurde den Konferenzteilnehmenden nahe gelegt, die nächste Internationale Konferenz in Argentinien, Buenos Aires, durchzuführen. Mit der Annahme dieser Einladung soll die Menschenrechtsarbeit in Südamerika eine solidarische Unterstützung erfahren und neben der KDV-Arbeit auch der Militärsteuer-Verweigerung und damit dem Engagement aller Bevölkerungsgruppen ein Forum eröffnet werden. Die schon länger erhoffte Einladung aus Kanada lag nicht vor; und so bekam Argentinien den Zuschlag. Der November wurde ins Auge gefasst; es wurde schon diskutiert, dass die Reise eine besondere sein wird und auch teuer. Das allerletzte Wort darüber ist noch nicht gesprochen.

Die norwegischen Gastgeberinnen präsentierten stolz eine Studie zur Friedenssteuer in etlichen Ländern dieser Welt: „Peace Tax 2010 - Das Anliegen, die Geschichte, die Bewegung“, von Alexander Harang für die *Norwegian Peace Tax Alliance*, Juni 2010. Sie wurde zudem anlässlich der Konferenz in Windeseile ins Englische übersetzt von Douglas Pauley. Die Herausgeber hoffen, dass dies eine Grundlage für bessere Verständigung, eine Information für die Öffentlichkeit, zur Heraushebung spezifischer Aspekte und schließlich Anlass für weitere Forschung ist. **Das norwegische Außenministerium hat die Studie mitfinanziert** (Hervorhebung durch die Redaktion). Das norwegische Konzept zielt auf einen Friedenssteuer-Fonds, auf die Erweiterung bestehender Landesgesetze und den Schutz eines Minderheitenrechts. Im historischen Teil wird u.a. vom ersten Fall eines Militärsteuer-Verweigerers in Norwegen aus dem Jahr 1814 berichtet. 2000 schaffte es ein Gesetzentwurf ins Storting, das Parlament, er wurde jedoch nicht angenommen.



Mit erheblichem Aufwand verständigte man sich auf ein Anschreiben, mit dem diese Studie in Norwegen an alle Parlamentsmitglieder geschickt wird – und hoffentlich auch in anderen Ländern.



das norwegische Konferenz Org-Team

Seit der Konferenz in Brüssel (2004) hoffen die Teilnehmenden immer wieder auf bessere Wege zur Vernetzung zwischen den nationalen Bewegungen. Einige Schritte wurden gemacht. Jetzt soll ein Info-Kurzbrief und vielleicht auch mehr (Gemeinsamer Kalender; ähnliche Struktur für das Auffinden wichtiger Dokumente auf den Internetseiten) angegangen werden – vorausgesetzt, die nationalen Bewegungen bleiben ihrerseits am Ball.

Persönliche Einladung nach Brüssel: Carla Goffi hat alle Konferenzteilnehmenden und Interessierten zu sich nach Brüssel eingeladen. Dort will sie ihre Gästen zu europäischen Institutionen und Organisationen, insbesondere für Menschenrechte, führen. Neben den offiziellen EU-Organen kann sie Kontakt herstellen zum Quaker Council for European Affairs (QCEA, dem Quäkerrat für europäische Angelegenheiten) oder zum Europäischen Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) und anderen Gruppierungen - auf nach Brüssel!

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Erlebnisbericht

Nach Tübingen (1986), Hirschluch (2002) und Woltersdorf (2006) war dies die 4. Internationale Konferenz für Friedenssteuer, an der ich teilgenommen habe – diesmal mit Uschi, meiner Frau.

Am Flugplatz warteten bereits Annette Fabbri, unsere Rechtsreferentin für einen Zivilsteuer-Gesetzesentwurf, und ihre Freundin Patrizia auf uns. Gemeinsam fuhren wir im Mietwagen nach Sandefjord.

Die Konferenz hatte in der lutherischen Kirche von Sandefjord bereits begonnen. Den öffentlichen Vortrag von Per Ingvor Haukeland hörte sich eine ganze Anzahl von Gästen an. Er sprach frei und ruhig, und zwar erst in Englisch, dann in Norwegisch. So konnte sich das Gehörte überdenken, sich setzen lassen. In seinem Vortrag über Friedfertigkeit gegenüber Menschen und Natur

schilderte er vieles, das er selbst erlebt hatte – etwa wie er als College-Student in der Fußballgruppe schwarzer Kommilitonen gerne akzeptiert wurde, während ein weißer Student dies missbilligte. Eine Ballett-Einlage zu Musik aus Bachs Matthäus-Passion rundete die ruhige, freundliche Einstimmung ab.

Der Ablauf der Konferenz war immer wieder durch längere Pausen unterbrochen, in denen Wasser, Kaffee und kleines Gebäck gereicht wurde. Hierbei und bei den Mahlzeiten gab's reichlich Zeit, um sich mit alten und neuen Freunden aus aller Welt auszutauschen. Ein wichtiger Punkt, denn ich wollte wissen, wie es anderen mit ihrem oft ‚außenseiterischen‘ Engagement geht. Ein junger Mann aus Eritrea (der jetzt in Frankfurt lebt), als Kind versehrt durch eine Landmine, hat mich dabei besonders beeindruckt.

Ergebnisse von Abstimmungen stehen am Ende gut da. Wie schwierig der Weg bis dorthin ist, wenn Menschen verschiedener Sprachen, Kulturen und Temperamente diskutieren und ihre guten Argumente einbringen, konnte man bei den teils etwas mühsamen Diskussionen erleben. Hier zeigte sich meines Erachtens die Stärke der gastgebenden Kvekeren (Quäker), die niemanden außen stehen ließen und geduldig um einen Konsens rangen.

Das Konferenz-Management war diesmal ohnehin etwas Besonderes: 4 Frauen hatten die Vorbereitung in die Hand genommen und einen erstaunlich reibungslosen Ablauf in sehr persönlicher, liebevoller Atmosphäre präsentiert. Stress blieb draußen, abgesehen vielleicht von der gleichzeitig laufenden Fußball-WM. Ich jedenfalls konnte mit ein paar Schwachstellen, z. B. spät vorgelegte Länderberichte und ein arg theoretischer Vortrag des 2. Referenten, gut leben.

Zu zweit sind wir nach dem Ende der Konferenz noch vier Tage lang durch Südnorwegen gefahren. Dabei landeten wir am vorletzten Abend in der Akademie für Norwegische Volkskunst in Rauland, wo wir in Studenten-Einzelzimmern übernachteten durften und durch etliche Werkstätten geführt wurden, wo in Sommerkursen Sehenswertes hergestellt wurde. So schloss sich der Bogen von der ländlichen Volkshochschule in Sandefjord bis zur Stätte für Studium der Volkskünste.



Wolfgang Steuer, Trossingen



Conscience and Peace Tax International

For the right to pay taxes for peace, not for war

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the UN

International non-profit organization (Ivzw Belgium) ! KBO 458 226 911 ! www.cpti.ws
 Bruineveld 11 • B-3010 Leuven • Belgium • Ph.: +32.16.254011 • e-mail: cpti@cpti.ws
 Belgian Bank van De Post: • IBAN: BE12 0001 7098 1492 • BIC: BPOTBEB1

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 18, 10. Dezember 1948

6. Dezember 2010

Lieber Freund, liebe Freundin,

wie viele Menschen in verschiedenen Ländern weltweit sind auch Sie gegen die Verwendung Ihrer Steuern für militärische Zwecke. Nationale Bewegungen wurden gegründet um dieses Interesse zu vertreten, es entstand Conscience and Peace Tax International (CPTI) um diese Menschenrechtsangelegenheit auf ein internationales Level zu bringen; im Besonderen zur UNO, wo CPTI einen speziellen Beraterstatus bei dem Economic and Social Council (ECOSOC) genießt. CPTI knüpft dabei immer an der bekannteren Kriegsdienstverweigerung an, um so eine logische Brücke zur Militärsteuererweigerung zu schlagen.

Vor 16 Jahren wurde CPTI gegründet und es gibt inzwischen:

Vier UN-Repräsentanten, tätig in Genf und New York. Sie unterstützen das Menschenrechtskomitee (Aufsichtsbehörde für die Menschenrechte, bestehend aus 18 unabhängigen Juristen) und den Menschenrechtsrat (politischer Rat für die Menschenrechte, bestehend aus Repräsentanten aus 47 Staaten) mit schriftlichen und mündlichen Informationen über den Status von Kriegsdienst- und Militärsteuererweigerern in jedem Land, wo es zu einer Untersuchung kommt. Unser Repräsentant Derek Brett hat außerdem ausführliche Berichte über den Stand von Kriegsdienstverweigerung weltweit geschrieben.

Einen **Rechtsausschuss**, der juristische Möglichkeiten untersucht, internationales Recht zu hinterfragen oder sich darauf zu berufen, wie bei dem Europäischen Gerichtshof (Strassburg). Es wird versucht, die Akten von Militärsteuer-Gerichtsverfahren weltweit zu sammeln. Eine zugängliche Quelle wird auf unserer CPTI-Internetseite eingerichtet.

Eine **internationale Internetplattform** auf der wir versuchen, die Besucher für das Thema Kriegsdienstverweigerung auch für Militärsteuererweigerung zu interessieren und darüber zu informieren.

Ein möglichst **regelmäßiges Bulletin** um Militärsteuererweigerer auf der ganzen Welt über die Ereignisse in anderen Ländern zu informieren (Sie können gerne unser elektronisches CPTI Bulletin per e-mail bei dem Redakteur anfordern (daniel.jenkins@cpti.ws). Im Oktober 2009 hielten Kriegsdienstverweigerer aus Kolumbien, Israel und Russland eine Ansprache vor dem UN-Menschenrechtskomitee in Genf, ermöglicht durch eine gemeinsame Bemühung des Quaker United Nations Office (QUNO) und CPTI. Einen vollständigen Bericht darüber und Informationen über unsere vielen anderen Tätigkeiten finden Sie auf unserer Internetseite www.cpti.ws. Ein ähnliches Projekt gab es auch im Juli 2010.

Wir unterstützen auch das **„Menschenrecht auf Friede“**, eine durch NRO gegründete Initiative, die das Recht zur Militärsteuererweigerung mit beinhaltet. Dieses Thema wurde bereits durch den Menschenrechtsrat aufgegriffen und verdient unsere besondere Aufmerksamkeit. CPTI wird das bedeutsame Compostela Forum 2010 zur Fortsetzung dieser Initiative im Dezember begleiten. Die Hälfte unseres Budgets besteht aus Zuschüssen für Forschung zum Thema Kriegsdienstverweigerung und Gesetzen. Für die zweite Hälfte des Budgets, bestimmt für die anderen in diesem Aufruf beschriebenen wichtigen Tätigkeiten für die Militärsteuererweigerung, brauchen wir Ihre Hilfe. Ohne Ihre Hilfe kann diese Arbeit nicht fortgesetzt werden. Durch Ihre Spende beteiligen Sie sich also in überaus wichtiger Weise an unserer Arbeit. Bitte seien Sie so großzügig wie Sie können!

In Friede und Freundschaft,

Pedro Otaduy (Spanien)
Vorsitzender

Dietmar Czerny (Deutschland)
Vizevorsitzender

P.S. Bitte überweisen Sie Ihre Spende mit der Mitteilung "Spende für CPTI" auf das Konto des *Netzwerk Friedenssteuer e.V.* Sie wird weitergeleitet und Sie erhalten eine Spendenquittung für Deutschland. Kontoverbindung: Netzwerk Friedenssteuer e.V., Kontonummer: 70 016 016 00, BLZ: 430 609 67 (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Friedensbewegung zwei Tage mit der Bundeswehr im Einsatz – ein Erfahrungsbericht

Im vorigen Heft berichteten wir auf Seite 8 vom Auftritt der Bundeswehr in der Schule. Das beschäftigt viele Gruppen quer durch die Friedensbewegung. Markus Pflüger (*AG Frieden* und *DFG-VK* in Trier) gelang es, eine Zusage für das Kennen lernen eines Simulationsspiels zu bekommen, so wie die Jugendoffiziere es mit SchülerInnen spielen. Dazu musste er eine Gruppe von 30 TeilnehmerInnen (Klassengröße) organisieren, was ihm ebenfalls gelang. Vom Netzwerk Friedenssteuer nahmen Brunhilde Stötzner (Steuern zu Pflugscharen), Wolfgang Geffe (Friedensarbeit Ev. Kirche in Mitteldeutschland) und Gertie Brammer teil.



Das Spiel heißt POL&IS, sprich: Politik und Internationale Sicherheit.

Vom 11. – 13. Oktober 2010 fand dieser ‚Inlandseinsatz‘ im Seminarhaus der Bundeswehr in Winterberg (NRW) statt, von Montag- bis Mittwochmittag. Ziel war es, möglichst viele Informationen zu folgenden Themen zu bekommen: Wie funktioniert das Spiel; welche Problemstellungen, Vorgaben und Bedingungen gibt es; welchen Einfluss haben die Jugendoffiziere und welche Freiheit (Kreativitätsentfaltung bei Problemlösung) die SchülerInnen?

Ginge Konfliktlösung in Prinzip auch ohne Militär und würde das dann zugelassen?

Die Zeit für die Einführung in das Spiel war recht kurz und manchen (mir auch) rauchte bald der Kopf ob der vielen Regeln, die zu beachten, Formulare, die auszufüllen sind. Die Schulen bekommen dafür viel mehr Zeit. Sie bekommen vorab ein pädagogisches Konzept und einen ausgiebigen Leitfaden, die uns nicht vorlagen.

Für die Rollen von UN-GeneralsekretärIn, Weltbank-, Presse- und NRO-Vertretung dürfen Mutige sich frei melden. Dann werden je Region¹⁾ 5 Personen durch Zufall angewiesen: RegierungschefIn, drei MinisterInnen (Wirtschaft, Umwelt, Staatsminister – der letzte Begriff vertuscht den Begriff ‚Verteidigungsminister‘) und Oppositionsleitung. Bewusst wird auf mehr Ministerien verzichtet, weil dazu eine viel größere Schülerzahl notwendig, die Regeln noch viel komplexer wären und die verfügbare Zeit nicht reichen würde. Da unsere Gruppe eine minimale Größe hatte, wurde als erstes die Opposition liquidiert! Sodann wurden die Rollen von Regierungschef und Staatsminister in einer Person vereint, sowie auch die von Wirtschafts- und Umweltminister. Klar wurde dadurch, dass das Spiel nur von zwei Klassen gemeinsam gespielt werden kann. Die Routine, mit der die Jugendoffiziere diese Regierungsumbildung durchführten (einer murmelte dabei: „...überflüssiger Wasserkopf“), ließ auf viel Erfahrung mit zu kleinen Gruppen schließen.

Bevor wir richtig zum Spielen kamen, war es Nachmittag des zweiten Tages. Die Regierungschefs (im Hauptraum) schrieben Regierungsprogramme, handelten international Verträge aus und schlossen Militärbündnisse für die Zukunft; die Minister (im Nebenraum) handelten mit Einheiten folgender Warengruppen: Energie, Rohstoffe, Industrie, Nahrungsmittel, Müllberge. Konflikte entstehen bei diesem Spiel nicht durch Ideologie, sondern ausschließlich durch materielle Engpässe. Auf einer großen Weltkarte wurden Auf- und Abrüstungseinheiten in Stellung gebracht, je nach materieller Situation. Obwohl arg vereinfacht, dürfte es der Realität entsprechen - ganz grob (siehe Kasten).

In der taz vom 27.10.10 berichtet Heike Holdinghausen inhaltsgemäß:

Mitte Oktober verabschiedete die Regierung Brüderle's neue Rohstoffstrategie. Es geht um ‚nachhaltige Rohstoffsicherung‘, vor allem um Ressourcen, die deutsche Unternehmen auf dem Weltmarkt einkaufen müssen. Legitim sei ‚Hilfe‘ gegen Rohstoffe‘. Diese Beschaffung soll ‚politisch gefördert und flankiert‘ werden. „Menschenrechte sucht man darin vergeblich“, wird Misereor zitiert.

Abends wurden die Ergebnisse vorgetragen: unsere UN-Generalsekretärin rief jede Region zum Pult in der UN-Vollversammlung. Nach der Darstellung des „Erreichten und Geplanten“ durften alle anderen Regionen, UN, Weltbank, Presse und NRO Fragen stellen und Kritik anbringen. Am dritten Tag bekamen wir gemeinsam vorgeführt, wie der Ablauf des Spieles in der jeweils anderen Gruppe stattgefunden hatte (also: die der ChefInnen und die der MinisterInnen).

Es folgte die Auswertung.

Einmütig waren die Komplimente an die drei Jugendoffiziere, die uns aufmerksam und freundlich-korrekt durch den ‚Einsatz‘ geführt hatten. Wir haben sie durchweg als offen und engagiert erlebt. Auch der nun folgenden Kritik sind sie nicht ausgewichen. Klar war uns natürlich, dass sie eben freiwillige Soldaten, und ihnen, dass wir ‚von der anderen Seite‘ sind. Wir haben beiderseits nicht versucht, zu ‚bekehren‘.

Und hier nun die Kritik:

- Unsere Generalsekretärin startete mit der Gretchenfrage: Warum muss dieses Spiel, das nach (vielen) Verbesserungen eigentlich recht interessant wäre, nun ausgerechnet von der Bundeswehr in die Schulen getragen werden?

Antwort: Im Prinzip können es die LehrerInnen auch ganz allein durchführen, aber ein Gesetz aus 1973 verpflichtet alle öffentlich-staatlichen Organe, zur staatsbürgerlichen Bildung beizutragen. Diese Pflicht nehme die Bundeswehr u.a. mit diesem Spiel wahr. Es sei in den Schulen sehr beliebt.²⁾

- Das Spiel zeigt zu starke Vereinfachungen: Parlament und Justiz kommen überhaupt nicht vor (!); die UNO wird als das ‚Weltgewissen‘ dargestellt; die Opposition besteht nur in der Form von NRO, sie allein scheinen für Menschenrechte zuständig (!); außer bei der Weltbank, die Kredite vergeben kann, spielen Geldsystem, Banken und (Rüstungs-)Konzerne keine Rolle, was Kapitalismuskritik unmöglich macht; Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit etc. sind kein Thema, außer in den schönen Worten von Regierungsprogrammen (es kann kein Geld dafür ausgegeben werden); Umwelt kommt nur als neutrale Müllberge vor (wovon? Atomenergie kommt nur in Form von Waffen vor, erneuerbare Energien sind Fehlanzeige), die verkauft oder eingekauft werden können (z.B. Castoren nach Russland); auf der Weltkarte gibt es ausschließlich Auf- und Abrüstungsobjekte. Das sind überwiegend Waffenkärtchen (auch ABC-), ein paar Kofferkärtchen (=Diplomaten) und wenige Brunnenkärtchen (=Entwicklungshelfer – CIMIC lässt grüßen!). Nach unserer Kritik zeigten sich die Jugendoffiziere aber bereit zu prüfen, ob Entwicklungshelfer auch anders denn als ‚Auf- und Abrüstungsobjekte‘ eingesetzt werden könnten. Dann gibt es noch Che-Guevara-Kärtchen (=Aufstand) und Streik-Kärtchen, die von der Spielleitung nach Gutdünken eingestreut werden. Das Einbauen von fehlenden wichtigen Bausteinen würde allerdings schnell auf Grenzen der Komplexität und der Zeit stoßen.
- Es ist zu wenig Zukunftsdenken möglich, es wird auf Status-Quo und die ewig gleichen Rollen gesetzt. So bekam das China-Team ein Kompliment, weil es sich (absichtlich) so vorbildlich an der Realität gehalten hatte. Die Nordamerikaner dagegen spielten den besseren Obama, waren dann aber auch pleite. ‚Viel mehr Bildung‘ in einem der Regierungsprogramme belohnten die Offiziere mit 2 Rohstoffzentren – war das um uns zu ködern?³⁾ Sie hatten diese Freiheit, deren Grenzen nirgends festgeschrieben sind. Sie können als Spielleiter eingreifen wie und wo sie wollen. Es kommt also sehr auf die persönliche Einstellung der Offiziere an.
- Geld regiert die Welt –so auch das Spiel. Menschen werden gesehen als ‚Massen, die materiell zufrieden gestellt werden müssen, da sie sonst unruhig werden‘. Falsch ist das nicht; unwürdig schon, weil keine weiteren Bedürfnisse berücksichtigt werden (Bildung, Demokratie, Ethik/Gewissen etc.). Die Frage, warum es in der wirklichen Welt zu keinem gerechten Frieden kommt, wird nicht gestellt, nach dem Motto: Es war schon immer so.
- Wir hätten gerne auch die gleichen Vorab-Infos rechtzeitig gehabt, welche die Schulen bekommen, damit wir mehr Zeit als nur für ‚1 Regierungsjahr‘ (statt für 4 oder 5) gehabt hätten. So haben wir die Folgen unserer Entscheidungen für die Folgejahre nicht erlebt. Klar ist, dass die Schulen hier sehr viel Zeit investieren!

Unsere drei Gastgeber erklärten, für mich glaubwürdig: Dass sie politisches Interesse wecken wollen; dass sie SchülerInnen nicht zum spielerischen ‚Kriegführen‘ verführen, sondern zu Kreativität ermutigen wollen; dass sie zeigen, dass große Konflikte nicht einfach zu lösen sind. Wenn Schüler zum Säbelrasseln übergehen wollen, würden ihnen vorher die Folgen klargemacht. Das Spiel fange im ‚ersten Regierungsjahr‘ mit einer Situation ohne bewaffnete Konflikte an; durch geschicktes Verhandeln könne Krieg vermieden werden. Tatsächlich wusste eine Teilnehmerin von einem Gymnasium zu berichten, wo das Spiel völlig ohne militärisches Eingreifen ausgegangen ist, was von der Spielleitung akzeptiert wurde. Es ist Offizieren verboten, in der Schule Werbung für eine Karriere in der Bundeswehr zu machen, und das täten sie auch nicht.

Fazit: Stehen blieb für alle TeilnehmerInnen, dass die Soldaten allein schon durch ihr Auftreten in perfekten Uniformen und mit ebenso perfekten Manieren und Witzchen den SchülerInnen Geschmack auf Bundeswehr machen können (‚tolle Kerle, kann nicht so schlimm sein...‘). Wir bleiben dabei, dass die Bundeswehr in den Schulen nichts zu suchen hat und hoffen, dass wir bald Wege finden werden, als Friedensgruppen mit guten Unterrichtsmodulen ebenfalls in die Schulen zu gehen. Dennoch kann man das Spiel selber als akzeptablen Anfang sehen, politische Probleme in Zusammenhang begreifen zu lernen. Nur sollte es weiterentwickelt und präsentiert werden von LehrerInnen mit der



Einstellung, die Frage nach Friedensperspektiven, bzw. gewaltfreier Konfliktbearbeitung zu beantworten. Ob sie das dann dürfen (s. Kasten unten)?!

Wir haben die meisten Fragen beantwortet bekommen und nehmen die Erinnerung an einen fairen Umgang mit ‚der Friedensbewegung‘ mit nach Hause. Vielen Dank an Markus Pflüger, der die Initiative nahm und das Ganze zeitintensiv für uns vorbereitet hat!! Die UN-Generalsekretärin bedankte sich in Namen aller bei den Offizieren und bei Markus mit einer Tüte Gummibärchen für jeden. Irgendwie stimmig mit der Qualität vom Essen; die Bundeswehr kocht nach Hartz IV (3 €/Tag für 3 Mahlzeiten).

¹⁾ Die Nationalstaaten sind ganz grob in einem Dutzend Regionen zusammengefasst. Dabei wurde Israel Europa zugeschlagen, und alle umliegenden Staaten der Region ‚Arabien‘ ...

²⁾ Ich habe dieses Gesetz (?) leider noch nicht gefunden, bleibe dran.

³⁾ In einem Pausengespräch eröffnete mir einer der Jugendoffiziere – afghanischer Herkunft –, dass ein Nationalstaat Afghanistan NUR durch Bildung zu erreichen sei. So dürfte die Bildungsbelohnung aufrichtig gemeint gewesen sein. Da Bildung als nicht-materielle Größe im Spiel nicht vorkommt, stand hinter dem Geschenk von 2 Rohstoffzentren wohl der Gedanke: Wer weniger für Rohstoffe ausgeben muss, kann mehr in Bildung stecken. Ausgesprochen wurde das nicht.

Gertie Brammer



Wolfgang Menz, Schulleiter des Gymnasiums in Trossingen, hat eine Veranstaltung mit dem Motto der ökumenischen Friedensdekade „Es ist Krieg. Entrüestet Euch!“ in seinen Räumen verboten. Das Thema war die Frage, ob das Militär Konflikte lösen kann und welche Alternativen es dazu gibt; und in welcher Weise die Region an Herstellung und Export von Rüstungsgütern beteiligt ist.

*Quelle: Neues Deutschland, 02.11.10/Inland/Seite 13
Anregung fürs Neue Deutschland: Wolfgang Steuer, Trossingen*

Die Redaktion fragt: Wo bleibt die Ausgewogenheit, die in der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr als ‚verbindliche Regel‘ festgeschrieben ist? Gilt sie außerhalb dieser Vereinbarung für den Schulleiter nicht? Und: Ob Herr Menz Aktionär bei Heckler und Koch ist?

Ein Politiker denkt nach

*Bürger – Soldat ! He –
mach uns nicht schlecht !
Zitier' du doch nicht
etwa das Völkerrecht !
Da schaffen wir schnell
noch die Wehrpflicht ab –
wir halten ja die Schurken
durch Söldner auf Trab !
JETZT – Widerstand zwecklos,
Kontrolle passée.
Wer uns nicht anmacht...
und flott alles mitmacht,
d e m tun wir nicht weh. He !*

Walter Heiter, Henfenfeld

Zwei Politiker aus der realen Welt haben ebenfalls nachgedacht:

„In der gegenwärtigen Situation der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise kann es sich die Welt nicht erlauben, die Ausgaben für das Wettrüsten zu erhöhen. Und schließlich: **Sollten wir nicht auch dann dabei bleiben, wenn sich die Marktlage wieder verbessert?**“

Das sagte der russische Vize-Regierungschef Sergej Iwanow in Februar 2009 bei der Münchener ‚Sicherheitskonferenz‘. Und von Frank-Walter Steinmeier war dort zu hören,

...dass der alte Traum eines Raumes gemeinsamer Sicherheit von Vancouver bis Wladiwostok nicht vom Himmel fallen werde. **Stattdessen müsse die neue Sicherheitsarchitektur durch konkrete Abrüstungsprojekte entstehen.**

He !

Freitag, 11. 3. 2011

Nürnberg im „eckstein“

Burgstraße 1-3, 90403 Nürnberg

öffentliche Veranstaltung

GEGEN GEWALT STEUERN Zivilsteuer - Weg aus struktureller Gewalt?

Vorträge (mit anschl. Diskussion)

18.30 Uhr RA Ullrich Hahn (Präsident des internationalen Versöhnungsbundes)
„**Strukturelle Gewalt**“: **Gewaltstrukturen – Auswirkungen - Lösungswege**

19.30 Uhr Sepp Rottmayr (Netzwerk Friedenssteuer, Ko-Autor Gesetzentwurf Zivilsteuergesetz)
„**Zivilsteuer**“: **Auflösung einer Gewaltstruktur**

Für Jahrestagungsteilnehmende:
gemeinsame Busfahrt zum Tagungshaus in Heilsbronn.

Geselliger Ausklang des Abends.

Zum Thema:

Wir leben in Strukturen, in denen es Opfer und anonyme Täter gibt, Verletzte, Tote und Nutznießer. Dafür steht der Begriff „Strukturelle Gewalt“. Empathie und Solidarität mit den Opfern motivieren und verpflichten uns, solche Gewaltstrukturen aufzulösen. Sie sind nicht Schicksal oder dämonisches Werk, sie sind durch Menschen geworden und werden durch Menschen gestützt.

Die Vorträge wollen Gewaltstrukturen bewusst machen und am Beispiel der Zivilsteuer zeigen, dass sie aufgelöst werden können und müssen.

Samstag, 12. 3. 2011

Heilsbronn – Tagungshaus

Gesetzesentwurf, wie arbeiten wir damit weiter?

8.00 Gute Worte zum Tag
8.15 Frühstück
9.15 AG „Verfassungsbeschwerde“
präsentiert den **Gesetzentwurf des Zivilsteuergesetzes**

Diskussion
12.15 Mittagessen und Pause
14.30 Netzwerkarbeit
Kampagne Finanzamtsbriefe
Kirchentag Dresden
Lobbygespräche Bundestag

15.30 Kaffeepause

Fortsetzung

18.00 Abendessen

19.30 Berichte und Bilder von der 13. Internationalen Konferenz in Sandefjord in Norwegen und von der CPTI-Arbeit

20.30 Feierabend mit Unterhaltung und Köstlichkeiten aus deutschen Landen. Bitte etwas Leckeres und unterhaltsame Ideen mitbringen.

Tagungsadresse Samstag-Sonntag

Religionspädagogisches Zentrum

Abteigasse 4-7

91560 Heilsbronn

Tel: 09872 509145

Fax: 09872 509114

www.rpz-heilsbronn.de

Sonntag, 13. 3. 2011

Heilsbronn – Tagungshaus

Netzwerk-Arbeit

8.00 Gute Worte zum Sonntag

8.15 Frühstück

9.15 Mitgliederversammlung
„Netzwerk Friedenssteuer e. V.“

- Haushaltsplan 2010

- Vorstandswahl 2011 - 2014

- Haushaltsplan 2011

11.30 Tagungsauswertung

12.00 Mittagessen und Abschied

Zur Information – hier nicht anmelden

Neue Geschäftsadresse:

Netzwerk Friedenssteuer

Krennerweg 12

81479 München

www.netzwerk-friedenssteuer.de

info@netzwerk-friedenssteuer.de

Netzwerk Friedenssteuer

Träger des Aachener Friedenspreises 1993



Einladung zur Jahrestagung

11. 3. - 13. 3. 2011

Freitagabend

Beginn in Nürnberg

im „eckstein“

abends

Bustransfer nach
Heilsbronn

Kosten: (es werden 2 Tage berechnet) pro Person und Tag 48,30 € im DZ bis 50,90 € im EZ. (incl. Vollverpflegung, Kaffee und Kuchen, Handtüchern und Bettwäsche). Zuschüsse sind auf Voranfrage möglich.

Bitte Betrag errechnen und überweisen.

Netzwerk Friedenssteuer

Bankleitzahl: 430 609 67 (GLS Bank eG)

Kontonummer: 70 016 016 00

Kennwort: Tagung Heilsbronn

Anreise ist Freitag nur nach Nürnberg möglich, das Tagungshaus in Heilsbronn ist bis zu unserer Ankunft nicht besetzt. Wir fahren nach Schluss der Diskussion gemeinsam mit einem Bus nach Heilsbronn.

Jahrestagung Netzwerk Friedenssteuer

Vom 11. - 13. März 2011

im Religionspädagogischen Zentrum Heilsbronn, Abteigasse 7, 91560 Heilsbronn

Hiermit melde ich mich verbindlich zur Tagung an und überweise den Teilnahmebetrag:

Ich reise in Nürnberg an und fahre im Bus mit von Nürnberg nach Heilsbronn:

Name:
Anreise: Fr, Uhr oder Sa, Uhr

Adresse:
Abreise: Sa, Uhr oder So, Uhr

E-Mail:

Ich möchte vegetarisch essen

Ich möchte im EZ im DZ wohnen.

Bitte bis spätestens 25. Februar 2011 senden an:

Hannelore Morgenstern, Jesuitengasse 39 A, 50735 Köln, Fax: 0221- 93180355 d. hannelore.morgenstern@gmx.de



Leporello - Zivilsteuer



Faltblatt „Friedenssteuer“

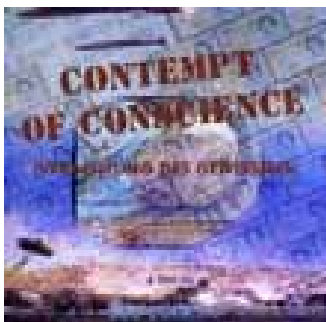


Faltblatt „Verfassungsbeschwerden“



Postkarten
„Kriegsdienstverweigerung mit der Steuer“
„Bekanntmachung“

DVD Friedenssteuer, 10 Minuten



DVD:
„Peace Tax Seven“
aus England,
englisch mit
deutschen Untertiteln
„Verachtung des Gewissens“
13 Minuten



Aufkleber Ø 12 cm



10 Euro-Schein „KEIN GELD FÜR KRIEG“



Bestellung aller Materialien gegen eine Spende fürs Netzwerk Friedenssteuer: www.friedenssteuer.de
Friedrich Heilmann, Seestr. 21, 15537 Erkner, Tel: 03362-503071, Fax: 27491, eMail: heilmann@friedenssteuer.de

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Lobbyarbeit	Gerlie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit & Materialversand	Friedrich	Heilmann	Seestr. 21	15537	Eikner	T 03362-503071 F 03362-27491	heilmann@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit & Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Gerlie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Rechtswege	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283 F 089-716222	post@ullaklotz.de
AG Steuern zu Pflugscharen Region Ost	Gerlinde und Martin	Rainbow	Wilhelm-Bode-Str. 30	99425	Weimar	T 03643-741687 F 03643-741688	rainbow-weimar@web.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerry	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerry@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Herfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region Berlin	Elise	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283 F 089-716222	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo	von Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Nord	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@arcor.de
Region Nürnberg	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993 F 0911-269851	lina-helmut.hoffmann@t-online.de
Region Südwest	Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
Region West	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986 F 0211-404723	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rotlmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen- Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rotlmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore Morgenstern- Przygoda		Jesuslengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Friedrich	Heilmann	Seestr. 21	15537	Eikner	T 03362-503071 F 03362-27491	heilmann@friedenssteuer.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: Kontonr. 7001601600, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 43060967. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt. Ab 10,- Euro Spenden pro Jahr bekommen Sie die Friedenssteuer-Nachrichten 2x pro Jahr zugeschickt.

Sperkonto RA Kierig & Becker: Konto 804 309 31 00,
GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67